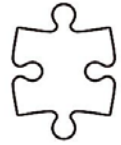




Wahrheit oder Verschwörungstheorie ?



Recherchieren Sie selbst – Urteilen Sie selbst

Corona soll kleinen und mittleren Unternehmen die Existenzgrundlage nehmen – zugunsten von Großbanken und Konzernen

Es ist kein Zufall, dass kleinen und mittleren Unternehmen in den letzten Jahrzehnten durch massive Besteuerung und überbordende Bürokratie mehr und mehr ihre Existenzgrundlage genommen wurde. Hintergrund dieser traurigen Entwicklung ist der starke Lobbyismus von Großbanken und Konzernen, die eine immer stärkere Zentralisierung der Wirtschaft und die Verschuldung von kleineren Unternehmen anstreben. Aus Sicht dieser Gruppen soll es keine kleinen Buchläden, Modegeschäfte oder das nette Restaurant um die Ecke mehr geben, weil die mächtigen Unternehmen den Markt ungerne teilen. Stattdessen wollen sie erreichen, dass die Menschen ihre Produkte im Internet bestellen und Ladengeschäfte ausschließlich in Form von Handelsketten bestehen. Der Amazon-Konzern ist hier ein trauriges Beispiel dafür, wie skrupellose Unternehmer mit staatlicher Unterstützung immer mehr kleine Geschäften verdrängen. Diese Entwicklung ist aus gesellschaftlicher Sicht fatal, weil kleine und mittlere Unternehmen nicht nur wichtige regionale Arbeitgeber, sondern häufig auch kulturelle Ankerpunkte einer Gesellschaft sind. Jeder kennt in seiner Gegend traditionsreiche Unternehmen oder Geschäfte, die leider allesamt von dieser fatalen Politik betroffen sind.

Die Coronakrise ist nun für die genannten Interessengruppen bzw. deren Lobbyisten eine hervorragende Gelegenheit, die Zentralisierung der Wirtschaft weiter voranzutreiben und die eigenen Marktanteile innerhalb kürzester Zeit zu vervielfachen. Insbesondere die ohnehin schon mächtige Digitalwirtschaft hat massiv von Corona profitiert.¹ Demgegenüber kann jeder kleine Laden bei den heutigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einen mehrmonatigen Umsatzausfall nicht überstehen. In den kommenden Monaten werden also insbesondere in Gastronomie, Tourismus und Einzelhandel zehntausende Insolvenzen eintreten. Die übrigen kleinen und mittleren Unternehmen werden sich massiv verschulden müssen, um ihre Zahlungsfähigkeit zu erhalten.

Diese Entwicklung entspricht der wirtschaftlichen Agenda der Großbanken und Konzerne und wird durch die Corona-Maßnahmen weiter verstärkt – auch mit Hilfe unserer Regierung. Mit der wirtschaftlichen Zentralisierung verbunden ist auch die Verlagerung von immer mehr Kompetenzen und Zuständigkeiten auf höhere Ebenen, wodurch die direkten Einflussmöglichkeiten der Menschen auf wichtige Entscheidungen immer kleiner werden.²

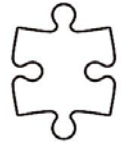
Sollte es in den kommenden Monaten zu einem weiteren Lockdown kommen, würde das ein Großteil der kleineren Betriebe nicht überstehen. Die Vorstellung, dass der Staat hier noch helfend eingreifen könnte, ist dabei leider unrealistisch. Denn die Schulden, die hierfür aufgenommen werden müssten, müssen irgendwann zurückgezahlt werden. Und dafür würden erneut diejenigen aufkommen müssen, die auch sonst immer die Zeche zahlen: Der kleine Laden um die Ecke oder der

¹ <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wer-von-corona-profitiert-die-gewinner-der-krise-16685223.html>

² <https://www.konjunktion.info/2020/02/systemfrage-zentralisierung-ist-nicht-die-loesung/>



Wahrheit oder Verschwörungstheorie ?



Recherchieren Sie selbst – Urteilen Sie selbst

mittelständische Unternehmer. Die Großbanken und Konzerne hingegen konnten sich auch in dieser Krise auf eine großzügige staatliche Unterstützung verlassen – so wie bereits in der Finanzkrise 2008.

Es wäre angesichts der beschriebenen Zusammenhänge eine Überlegung wert, ob man Unternehmen wie Amazon nicht lieber vom deutschen Markt ausschließt. Neben der Tatsache, dass sie praktisch kaum Steuern bei uns zahlen und noch dazu miserable Arbeitgeber sind, führt ihr Geschäftsmodell zu einem wirtschaftlichen und auch kulturellen Kahlschlag in unserem Land. Angesichts der verheerenden Lage, in der sich v.a. unser Einzelhandel und unsere Gastronomie wegen Corona befinden, müssen wir auch ungewöhnliche Maßnahmen diskutieren. Eine Verdrängung skrupelloser Steuerflüchtlinge zugunsten unserer regionalen Unternehmen würde viele Probleme gleichzeitig lösen. Doch unsere Bundesregierung befindet sich fest im Griff der Lobbyisten – und opfert dafür unseren Mittelstand.

Wir sollten hellhörig werden, wenn uns die Politik Milliarden Geschenke an Großkonzerne als alternativlos verkauft, während gleichzeitig zehntausende kleiner Betriebe mitsamt ihren Arbeitsplätzen vor dem Ruin stehen.

Wir sollten nicht zulassen, dass unsere Politiker die Entwicklung hin zu einer zentralisierten Wirtschaft, Finanzwelt und Gesetzgebung unterstützen.

Wir sollten die Macht der Digitalkonzerne begrenzen und dafür sorgen, dass diese endlich angemessen Steuern bezahlen.

Medien und Politik sparen diese Zusammenhänge bisher bewusst aus. Wir brauchen deswegen eine öffentliche Debatte darüber – und zwar jetzt.

Quellen:



1) Profiteure der Krise



2) Zentralisierung